



⇒ Helge Peukert

Elmar Altvater und Achim Brunnengräber (Hg.): Ablasshandel gegen Klimawandel?

Der Reader des Wissenschaftlichen Beirats von Attac umfasst 13 Beiträge. Im einleitenden Überblick der Herausgeber wird hervorgehoben, dass der CO₂-Emissionshandel (EH) als markt-mäßiges Instrument der Klimapolitik »in das Weltbild einer globalen liberalen Ordnung, in der Markt vor Planung, Wirtschaft vor Politik und privater Sektor vor öffentlichen Gütern und Staat rangieren [passt] ... Es muss etwas [das Klima] zur Handelsware gemacht werden, das eigentlich nicht handelbar ist« (S. 10). Ziel des Bandes ist es, zu zeigen, »dass Klimapolitik kein begrenztes Politikfeld ist, sondern mit der westlichen Zivilisationsgeschichte, mit dem rationalistischen Weltbild, mit dem Nord-Süd-Verhältnis, mit Gerechtigkeitsfragen und sehr viel mit der Wirkungsweise von Finanzmärkten zu tun hat« (S. 20).

Im Beitrag von M. Schreurs zu den bisherigen Erfahrungen werden die vielfältigen, bis hin zu regional oder firmenintern begrenzten EH-Systeme, die einen breiten Fächer von Emissionen umfassen (No_x, SO₂ usw.), vorgestellt. Ihre Verbreitung neben dem Kyoto-Protokoll und dem EU-EH legen nahe, dass sie ein wesentliches Element zukünftiger Anstrengungen zur Kontrolle der Treibhausgasemissionen darstellen werden, ihre (erfolgreiche) Gestaltung sei allerdings sehr voraussetzungsvoll und Verallgemeinerungen daher schwierig.

R. Ptak verortet zunächst die dogmenhistorische Quelle des EH im Ansatz von R. Coase und der Theorie der Verfügungsrechte (Demsetz, Alchian), die eine Säule der neoliberalen Eigentums-
theorie sei. Er beschreibt die Institutionalisierung des EH in Deutschland und zeigt anhand der Nationa-

len Allokationspläne und der Zuteilungsgesetze, wie zahlreiche Aufweichungen und v.a. die viel zu hohe und kostenlose Ausgabe von CO₂-Verschmutzungszertifikaten, was er auf massive Einflussnahme der Unternehmensverbände und des Wirtschaftsministeriums zurückführt, das eigentliche Ziel in Frage stellen. Seine Argumente, warum der EH prinzipiell in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht funktionieren kann, überzeugen nicht ganz. Allerdings weist er zu recht skeptisch darauf hin, dass die entstehenden Zukunftsmärkte im Klimabereich als alternative Anlageklasse nunmehr auch diesen Bereich den Finanzmarktjongleuren öffnen und der Verwertungslogik unterwerfen (was das Klimaziel nicht an sich torpedieren muss). Sehr treffend ist sein Hinweis auf das Leakage-Problem: Da der EH nicht weltweit erfolgt, kommt es zu Wettbewerbsnachteilen der Teilnehmer, was deren Begeisterung dämpft und man kann hinzufügen: das eigentliche Ziel völlig unterminiert, da die nicht teilnehmenden Länder gerne die zusätzlich und billiger zur Verfügung stehenden fossilen Brennstoffe in Anspruch nehmen werden.

A. Fisahn wendet sich den Vollzugsdefiziten aus juristischer Perspektive zu. Er hebt den Paradigmenwechsel des EH zum in Deutschland früher vorherrschenden Ordnungsrecht mit behördlichen Zulassungen (auf Grundlage von Grenzwerten u.a.) hervor. Eine wesentliche Kritik am Ordnungsrecht lautete neben dem Verwaltungsaufwand, dass hierbei weniger zwingendes Recht, als vielmehr oft verwaschene Verhandlungslösungen zu Lasten der Umwelt aufgrund von Informationsasymmetrien und Machtfragen erfolgten. Fisahn hält dem entgegen, dass auch der EH mit dem Aufbau neuer Bürokratien verbunden ist, bspw. der Deutschen Emissionshandelsstelle mit 120 Mitarbeitern. Ferner lasse auch der EH gravierende Vollzugsdefizite erwarten. So messen die Betriebe ihre Emissionen selbst, die überwachenden und untereinander konkurrierenden Sachverständigen werden von den zu kontrollierenden Betrieben selbst ausgewählt, die »Landesbehörde prüft nur, um weiterzuleiten. Sie hat nichts zu entscheiden und keinen Überblick über die Konten, während das UBA das Register führt, aber die Emissionsberichte nicht kontrollieren kann. Kurz:

Das Handelssystem dürfte mit Blick auf die Vollzugseffizienz ... nicht überlegen sein, sondern ist vermutlich eher anfällig für Ausweichstrategien« (S. 63).

Besondere Hervorhebung verdient der sachkundige und faktenreiche Beitrag von B. Brouns und U. Witt. In ihrer Zwischenbilanz der ersten beiden Emissionshandelsphasen in Deutschland zeigen sie im Detail die fehlenden Anreize für die Energiewende. Sie zeichnen das Tauziehen um die viel zu hohen Obergrenzen, Schlupflöcher wie den Reservefonds, die Mitnahmeprofite der Stromkonzerne durch die weitgehend kostenlose Vergabe der Zertifikate und die Zuteilungsbevorzugung der Kohle nach. Im Endergebnis sei der EH in seiner bisherigen Form daher gescheitert. Die Autoren zeigen aber auch, dass die Korrekturen durch die EU(-Kommission) hoffen lassen, »so könnte sich der europäische Emissionshandel zu einem scharfen Schwert bei der Bekämpfung der Erderwärmung entwickeln« (S. 84). Auch für die Ordnungspolitik und z.B. die Fortschreibung des Erneuerbare Energie-Gesetzes sehen sie komplementäre Aufgaben.

U. Witt und F. Moritz diskutieren den Clean Development Mechanism (CDM), über den zusätzliche Emissionsrechte durch zusätzliche Klimaschutzprojekte in Schwellenländern bezogen werden können. Sie weisen auf die Dimension des CDM mit weit über 1000 registrierten Projekten hin, die zweite Allokationsperiode in Deutschland erlaubt bis zu 22% zusätzliche Zertifikate durch CDM. Die Autoren stellen den Mechanismus grundsätzlich in Frage, da nach Schätzungen 50% der Projekte die schwer nachweisbare Eigenschaft der Zusätzlichkeit abzusprechen sei. Ferner: »Für Indien, China oder Korea besteht kaum ein Anreiz, entsprechende Klimaschutzgesetze zu beschließen. Denn sie würden die Geschäftsgrundlage lukrativer CDM-Projekte gefährden« (S. 101).

R. Schäfer und F. Creutzig führen einen Vergleich von Steuerlösungen und EH durch. Hinsichtlich der ökologischen Zielerreichung liege der EH vorn, da man die absolute Emissionsmenge

festlegen könne, die bei Steuern ungewiss sei. Beide Instrumente ließen sich verteilungsgerecht ausgestalten, eine Steuer sei wohl (etwas) ökonomisch effizienter, da mit weniger administrativem Aufwand verbunden. Die Autoren plädieren schließlich für den EH, da die absoluten Emissionsmengen mit Sicherheit erreicht werden können, sie betonen aber die Bedeutung der konkreten Ausgestaltung (vollständige Auktionierung usw.).

T. Santarius diskutiert die globale Gerechtigkeits- und Verteilungsfrage. So sind z.B. die Folgen für die Nahrungsmittelproduktion regional recht unterschiedlich. Er zeigt, »dass die Entwicklungsländer und in ihnen besonders kaufkraftschwache Gruppen auf dem Lande die destabilisierenden Folgen der Erderwärmung wesentlich deutlicher zu spüren bekommen werden als Industrieländer und Stadtbevölkerungen« (S. 122). Unter Zugrundelegung einer Einkommensschwelle von 9000 US-Dollar und den Pro-Kopf-Emissionen seit 1990 gelangt man unter Berücksichtigung von Verantwortlichkeit und Fähigkeit (wie viel Prozent der Bevölkerung liegen über der Einkommensschwelle) zu einer Minderungspflicht Deutschlands in 2025 von 160%, das - wie die meisten anderen Industrieländer - nach diesem Gerechtigkeitsmaßstab global weit mehr Emissionen vermeiden müssten, als sie selbst verursachen!

A. Brunnengräber weist angesichts der Tatsache, dass sogar das bescheidene Kyoto-Ziel der EU bisher deutlich verfehlt wurde, darauf hin, dass die EU neben dem Klimaziel einer weitgehenden allgemeinen Wettbewerbslogik folgt und das Klimaziel auch zur Erhöhung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und als Katalysator für die Modernisierung der europäischen Wirtschaft dienen soll. Zudem kennzeichne die EU-Politik ein weitverbreiteter Technologieglaube und der versuchte Zugriff auf strategische Ressourcen der Entwicklungsländer, so dass es nicht verwundere, dass der fundamentale Umbau der Energiesysteme nicht zu erkennen sei.

E. Altvater belegt zunächst die Wahlverwandschaft zwischen fossiler Energie und der Akkumulationsdynamik kapitalistischer

Gesellschaften, da sie die Beschleunigung aller Prozesse und die Ausdehnung der räumlichen Reichweite ermöglicht. Erfordert sei daher eine nachhaltige Veränderung der kapitalistischen Produktionsstrukturen und Konsummuster. E. Nell, W. Semmler und A. Rezai treten nach einer kurzen Dogmengeschichte (Pigou versus Coase) für Emissionssteuern ein, da EH u.a., was ein Blick auf die Preisschwankungen zwischen 2005 und 2008 zeige (man vergleiche allerdings die Entwicklung seit 2008), eine enorm hohe Preisvolatilität besitze, was zu einer beträchtlichen Planungsunsicherheit für die betroffenen Unternehmen führe. A. Biesecker und U. Winterfeld zeigen im Sinne einer Weltbildanalyse an den Beispielen F. Bacons, R. Descartes, J. Lockes und A. Smiths die neuzeitliche Legitimation der uneingeschränkten Naturbeherrschung und die Dominanz des Ökonomischen, die sich auch in der Philosophie des EH niederschläge. Ohne einen fundamentalen Paradigmenwechsel, »vom herrschaftlichen Verhältnis zur Natur hin zu einem kooperativen Verhältnis« (S. 195) könne der nötige radikale Wandel zu einem neuen Klimaregime nicht gelingen.

L. Mez und A. Brunnengräber weisen nachdrücklich darauf hin, dass der bestehende EH insbesondere in der Variante des Kyoto-Protokolls kaum in der Lage ist, einen Wandel des Energiesystems hervorzurufen. Sie zeigen die geringe Verbundenheit und das teilweise antagonistische Verhältnis zwischen EH und z.B. dem deutschen Gesetz für erneuerbare Energien, das durch sinkende Zertifikatepreise die Lenkungswirkung des EH mindert. Sie belegen die Beharrungskräfte und Machtkonzentration des bestehenden fossilen und atomaren nationalen und (fehlenden übergreifenden) europäischen Energiesystems. Sie führen dies v.a. darauf zurück, »dass sich Regierung und Privatwirtschaft an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum orientieren« (S. 225). Sie betonen den Zusammenhang zwischen neuen Energien, Demokratie und Dezentralität, allerdings ohne die eventuellen auch ökologischen Vorteile zentraler erneuerbarer Energiesysteme (Photovoltaikparks in der Sahara) zu diskutieren.

Insgesamt fällt an den bisherigen Beiträgen des Attac-Readers die starke Immanenz der Kritik auf, die neben Korrekturen des EH im Detail bestenfalls eine Emissionssteuer als Alternative vorstellen. Das sehr begrenzte Zeitfenster zum Umsteuern, nämlich die kommenden 10 bis 15 Jahre, treten in ihrer Dringlichkeit nicht immer hervor, wenngleich die Kritik am verschenkten Jahrzehnt schon in vielen Beiträgen zum Ausdruck kommt. Erschreckt bemerkt man, dass das den Autoren vorschwebende Ziel einer Klimaerwärmung um maximal 2% gut ein Jahr später schon als nicht mehr realistisch gilt. Es verwundert nach Meinung des Rezensenten, dass die Systemfrage meist nur am Rande gestreift wird: Ist es möglich, in einem expandierenden globalen Weltkapitalismus in den nächsten Jahrzehnten eine Reduktion des CO₂-Ausstosses von etwa 80% vorzunehmen? In einer Fußnote wird Sarkar erwähnt, der eine Begrenzung der Emissionen aufgrund der Wachstumszwänge des Kapitalismus für unmöglich hält (S. 110). Ist es realistisch, im bestehenden Systemkontext eine gerechtigkeitsorientierte Minderungspflicht Deutschlands von 160% zu veranschlagen (siehe Beitrag Santarius)? Schäfer und Creutzig zitieren das Global Commons Institute (S. 107), das bei einer Anpassung der weltweiten Pro-Kopf-Emissionen für Westeuropa eine notwendige Reduktion von 75% (Basisjahr: 2000) und z.B. für China von 20% errechnet und von einer notwendigen Verringerung des weltweiten Pro-Kopf-Ausstoßes von gegenwärtig 10 auf langfristig 2 Tonnen ausgeht.

In diesem Sinne weicht M. Massarrats Beitrag von den übrigen ab, da er in seinem eindringlichen Beitrag eine neue Philosophie des Klimaschutzes fordert. Der EH sei teure, bürokratische Zeitverschwendung, trotz des EH werde die CO₂-Belastung bis 2012 um prognostizierte 20% steigen. Zu glauben, durch mehr oder minder moderate Preiserhöhungen zu einer nennenswerten Senkung der Emissionen zu kommen, sei illusionär, noch sehr viel Ölsande und -schiefer warten neben Öl, Gas und Kohle auf den Abbau. Der prinzipielle Fehler des EH liege in der Fokussierung auf die Nachfrageseite (die Konsumenten fossiler Energien zahlen). Einzig realistisch sei ein Abkommen im Rahmen des Kyoto-

Vertragssystems, das mit den 18 wesentlichen Anbieterstaaten einen völkerrechtlichen Vertrag abschließt, der eine Produktionsdrosselung der fossilen Energieträger von etwa 1% pro Jahr vorsieht, d.h. auf der Angebotsseite ansetzt, um gegen Ende des Jahrhunderts eine Gesamtreduktion von 80% zu erreichen.

Eine solche Lösung wäre auch anreizkompatibel: Die Produzenten profitieren von höheren Preisen, die bisherigen Trittbrettfahrer (nicht reduzierende Länder im Rahmen des Kyoto-Protokolls) müssen auch die höheren Preise zahlen. Mit fast liberalistischem Unterton ließe sich hinzufügen, dass man auf den unübersehbaren, unkoordinierten Aktionismus (Einspeisevergütungen usw.) verzichten könnte, da die sicher kurzfristig stark steigenden Energiepreise von selbst Innovationsanreize freisetzen würde. Die Frage, ob ein expandierendes Gesamtsystem mit jährlich 1%iger Produktionsdrosselung kompatibel ist, wird sich dann zeigen. Natürlich ist dieser auch nach Meinung des Rezensenten einzig realistische Vorschlag zwangsläufig mit einer Vielzahl von Folgeproblemen behaftet: Es bedarf eines globalen Ausgleichsfonds für weniger entwickelte Länder, der OPEC müssen Anreize gegeben werden, nicht mit der Ölwanne die Klimapolitik zu unterlaufen, wie sollen Länder für ev. nicht geförderte Reserven kompensiert werden usw. Insgesamt bietet der Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac eine kompetente, anregende, kritische und lesenswerte Lektüre, die Anstöße für den Übergang zu einer solaren und solidarischen Weltgesellschaft bietet.

Zitationsvorschlag

Peukert, Helge (2009): Rezension von Altvater, Elmar/Brunnengräber, Achim (Hg.): Ablasshandel gegen Klimawandel? (Ethik und Gesellschaft 1/2009: Bildung, Gerechtigkeit und Kompetenz), Download unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/texte/EuG-1-2009_Rez_Peukert.pdf (Zugriff am [Datum]).

Ethik und Gesellschaft ökumenische Zeitschrift für Sozialethik

Ausgabe 1/2009: Bildung, Gerechtigkeit und Kompetenz

Torsten Meireis

Befähigungsgerechtigkeit und Bildung

Katja Winkler

Sozialethische Reflexionen zur moralischen Bildung

Hans-Ulrich Dallmann

Eine tugendethische Annäherung an Begriff und Pädagogik der Kompetenzen

Ulrike Wagener

Ethische Bildung in der Polizei
